Der Inhalt der Broschüre

Die nächsten Wahlen stehen vor der Tür. Doch wie kann sich die Lage für die arbeitende Bevölkerung ändern?

- CDU: Leiharbeit, Minijobs, Armutsrenten – ein „Erfolgsmodell“, das man fortsetzen muss?
- SPD: Ein „neuer“ Kandidat – für die alte Politik
- AfD: Ebenfalls eine Politik im Dienst der Kapitalisten – aber eine noch schlimmere für uns Arbeiter
- Die Arbeitenden sind eine Macht, wenn sie zusammenhalten
- Nicht CDU und SPD werden uns vor den Rechtsextremen schützen

Die Arbeiterklasse muss ihre eigenen Interessen vertreten

- Verbot von Entlassungen – Aufteilung der Arbeit unter allen!
- Ein Monats-Mindestlohn und eine Mindestrente, die zum Leben reichen – und automatisch mit den Preisen mitsteigen
- Offenlegung der Geschäftsbücher und Konten der Firmen und ihrer Besitzer
- Ein Programm für die kommenden Kämpfe der Arbeitenden

Der Kapitalismus hat keine Zukunft zu bieten. Wir müssen ihm ein Ende setzen.

Die kommenden Auseinandersetzungen vorbereiten

16. Juni 2017 Preis: 1 Euro

Die nächsten Wahlen stehen vor der Tür. Doch wie kann sich die Lage für die arbeitende Bevölkerung ändern?

Immer öfter nur Leiharbeit, befristete Verträge oder Minijobs.

Junge Leute, die keine feste Arbeit finden – während die Älteren noch bis 67 malochen sollen.

Ständiger Stellenabbau, der einem Teil der Arbeiter immer noch mehr Arbeit und Stress aufhalst, während er die anderen zu Arbeitslosigkeit und HartzIV verdammt.

Löhne und Renten, bei denen man jeden Cent drei Mal umdrehen muss, um bis zum Ende des Monats zu kommen.

Steigende Preise für Miete und Strom, für Autoreparaturen oder Zuzahlungen bei Medikamenten und Behandlungen, die immer mehr Arbeitende in die Verschuldung treiben.

Immobilienkonzerne, die sich nicht um kaputte Türen oder Schimmel kümmern, aber darum, die Mieten immer weiter nach oben zu treiben.

Krankenhäuser, Kitas und Altenheime, in denen kaum halb so viel Personal arbeitet, wie für eine vernünftige Betreuung nötig wäre.

So sehen die täglichen Probleme der arbeitenden Bevölkerung aus. Und eigentlich wissen wir alle: Auch wenn alle Parteien jetzt das Gegenteil behaupten, werden unsere Probleme nach der Wahl genau so weitergehen.

2015: Streik der Arbeitenden bei DHL gegen die Auslagerung von 20.000 Arbeitsplätzen in die schlechter bezahlte Tochterfirma Delivery

Die Menschen, deren Entscheidungen unser Leben am meisten beeinflussen, stehen gar nicht zur Wahl. Ob wir einen Arbeitsplatz haben, wie viel wir verdienen und unter welchen Bedingungen wir arbeiten – diese grundlegenden Fragen in unserem Leben werden nicht von Politikern, sondern von den Unternehmern entschieden. Und letztlich von den großen und mächtigen unter ihnen, von einigen tausend Großaktionären der Konzerne und Banken.

Beim BMW-Konzern können zwei Aktionäre, die Geschwister Stefan Quandt und Susanne Klatten, ganz alleine über den Konzern entscheiden. Einzig aus dem Grund, dass sie BMW-Aktien von ihrem Vater Herbert Quandt geerbt haben, der sein Vermögen wiederum von seinem Vater geerbt hat, dürfen diese Geschwister alles bei BMW entscheiden.
Die Zwei wählen aus, wer Manager wird. Sie können entscheiden, eine ganze Fabrik zu schließen – mit allem, was dies für tausende Arbeiter und ihre Familien, für die Zulieferer und die kleinen Läden der Umgebung bedeutet. Sie können entscheiden, tausende Arbeiter in Subfirmen mit Niedriglöhnen auszulagern. Sie entscheiden, was hergestellt wird und zu welchen Preisen. Und was mit den von den Arbeitern geschaffenen Profiten passiert.

Still und heimlich beschließen die Bosse von Nokia, das Werk zu schließen. Die Arbeiter und alle anderen Betroffenen erfahren es erst dreieinhalb Monate vor der Schließung.

Ja, alle reden von Demokratie und dass wir bei den kommenden Wahlen entscheiden, wer uns regiert und wie wir leben. Doch in Wahrheit herrscht eine wirtschaftliche Diktatur. Die wesentlichen Entscheidungen für die Arbeiter, die Wirtschaft, die Politik und die ganze Gesellschaft werden von dieser kleinen Minderheit getroffen – diesem reichsten ein Prozent der Bevölkerung, das die großen Konzerne oder deren Aktien besitzt und das keiner von uns wählen oder gar kontrollieren kann.

Diese kapitalistische Klasse hat ein vordringliches Ziel: Sie will trotz der weltweit kriselnden Wirtschaft ihre Profite um jeden Preis erhalten und weiter steigern. Und von der Regierung verlangt sie eine Politik, die ihr dabei hilft.

Die Unternehmer verlangen noch mehr Rechte, uns flexibel auszubeuten, wie sie es gerade brauchen, ob unter der Woche oder am Wochenende, ob 8, 10 oder 12 Stunden am Tag. Sie wollen noch mehr Freiheiten, uns flexibel einstellen und entlassen zu können und uns in jeden noch so unsicheren und noch so schlecht

bezahlten Job zu zwingen. Die Kapitalisten wollen, dass der Staat unsere Rente noch weiter kürzt. Und dass er noch mehr bei allen öffentlichen Diensten spart, die der Bevölkerung nutzen, damit er das Geld den Banken in den Rachen werfen kann.

Die kapitalistische Klasse verlangt eine Politik, bei der es der arbeitenden Bevölkerung weiter an den Kragen geht. Und wir können sicher sein: Alle großen Parteien werden genau dies tun.

Oh, selbstverständlich haben sie alle im Wahlkampf ein paar schöne Worte und Versprechen für jeden von uns. Das gehört zu ihrem Schauspiel dazu. Doch es kann keine gute Politik für alle geben. Es gibt keine Politik, die gut ist für die Aktionäre und Manager von VW und Opel – und gleichzeitig gut ist für die Arbeiter und Verbraucher. Keine Partei kann gleichzeitig die Interessen der Familie Schlecker vertreten – und die der 25.000 Arbeiterinnen, die von dieser Familie zu Arbeitslosen oder verarmten Rentnerinnen gemacht wurden.

Es gibt zwei entgegengesetzte Lager in der Gesellschaft. Auf der einen Seite stehen wir, die wir nichts besitzen als unsere Arbeitskraft, um davon zu leben: die Arbeitenden (ob mit oder ohne Arbeitsplatz), die Rentner, die kleinen (Schein-)Selbstständigen. Und auf der anderen Seite steht die kapitalistische Klasse, die von der Ausbeutung der Arbeitenden lebt. Und die ihre Rekordgewinne seit Jahren vor allem dadurch macht, dass sie uns Arbeitende und die öffentlichen Kassen immer stärker auspresst.

Eine Partei, die die Lage der arbeitenden Klasse wirklich verändern will, muss sich gegen die Kapitalisten und ihr Verlangen nach noch mehr Ausbeutung und Profit stellen. Sie muss das Recht der Unternehmer in Frage stellen, ganz allein über Einstellungen, Löhne und die Betriebe insgesamt zu entscheiden. Sie muss das Recht der Kapitalisten in Frage stellen, ihr Profit-Interesse über das Interesse der Menschheit zu stellen.

Zwei Beispiele, warum man den Kapitalisten nicht die alleinige Entscheidungsgewalt über die Betriebe lassen darf

Volkswagen: Die VW-Bosse haben trotz Abgasskandal im Jahr 2016 über 7 Milliarden Euro Gewinn gemacht. Jetzt entlassen sie 30.000 Arbeiter… um ihre Gewinne noch weiter zu steigern.

Bayer: Die Konzernchefs haben tausende Arbeitsplätze vernichtet und weitere tausende in schlecht bezahlte Subfirmen ausgelagert, weil man angeblich sparen müsse – haben aber jetzt 59 Milliarden Euro, um den Monsanto-Konzern aufzukaufen.

Alle herrschenden Parteien aber – einschließlich sogar der Linkspartei – beweisen in den Regierungskoalitionen im Bund und den Bundesländern immer wieder, dass sie auf der anderen Seite stehen. Ob offen oder verlogen: Für sie alle haben die Interessen der Unternehmer Vorrang. Und deshalb helfen sie alle dabei mit, die Lage der arbeitenden Klasse immer weiter zu verschlechtern.

Egal welche Koalition nach den Wahlen an die Macht kommt, sie wird ein Gegner der einfachen Bevölkerung sein. Sie wird unsere Arbeits- und Lebensbedingungen weiter verschlechtern. Darauf müssen wir uns vorbereiten.
Die Kapitalisten und ihre Parteien haben ihren Kampfplan, und der richtet sich gegen uns. Wenn wir diese Angriffe und diese Abwärtsspirale nicht ewig hinnehmen wollen, brauchen wir Arbeitenden ebenfalls ein Programm für unsere Kämpfe und endlich wieder eine Perspektive für unsere Zukunft.

Der jetzige Wahlkampf kann eine Gelegenheit sein, uns darüber auszutauschen, um unter klassenbewussten Arbeitern eine solche kämpferische Perspektive vorzubereiten.

CDU: Leiharbeit, Minijobs, Armutsrenten – ein „Erfolgsmodell“, das man fortsetzen muss?

CDU und CSU sind seit 12 Jahren an der Regierung. Jeder von uns weiß, wie sich die Arbeits- und Lebensbedingungen für uns Arbeiter, Arbeitslose und Rentner in dieser Zeit verschlechtert haben. Und sie machen keinen Hehl daraus, dass sie genau so weiter regieren wollen. Ja, CDU, CSU und FDP machen sogar Wahlkampf damit, dass sie das „Erfolgsmodell Agenda 2010“ weiterführen wollen.

Die Agenda 2010 wurde vor fünfzehn Jahren von der SPD/Grünen-Regierung Schröder eingeführt. Sie beinhaltet all die Hartz-Gesetze, durch die sich Leiharbeit, Minijobs, Befristungen, Niedriglöhne und -renten wie eine Seuche ausbreiten konnten. Seit der Agenda 2010 werden Arbeiter schon nach einem Jahr Arbeitslosigkeit in HartzIV gezwungen und sie werden gedrängt, jede noch so schlecht bezahlte, unsichere Arbeit anzunehmen.

Das sind die Folgen der Agenda 2010, die die CDU als „Erfolgsmodell“ fortsetzen möchte

Mit der Agenda 2010 wurden auch die Renten- und Krankenkassenbeiträge der Unternehmer eingefroren, während die Arbeitenden immer weniger Rente bekommen, immer mehr Medikamente und Behandlungen selbst bezahlen müssen und teure Zusatzversicherungen abschließen sollen.

Und all das bezeichnen sie als Erfolg! Diese Politik wollen sie im Dienst der herrschenden Klasse weiterführen. Sie wollen den Kapitalisten helfen, uns immer noch mehr und flexibler ausbeuten zu können. Und sie wollen ihnen auch helfen, die öffentlichen Kassen weiter auszuplündern.

In Nordrhein-Westfalen führen sie uns das im Moment vor. CDU und FDP sind hier gerade erst an die Regierung gekommen. Und schon planen sie eine ganze Serie an Verschlechterungen für die Arbeiter:

Auf den Baustellen wollen sie eine verpflichtende Sechs-Tage-Woche einführen. Die Bauarbeiter haben jetzt schon besonders harte Bedingungen. Sie machen sich die Knochen kaputt auf der Arbeit. Sie haben Bosse, die oft die einfachste Regeln zu Arbeitszeiten oder Sicherheitsmaßnahmen mit Füßen treten. Sie werden dabei noch schlecht bezahlt. Und jetzt sollen sie obendrein noch samstags arbeiten müssen!

Den großen Einzelhandelskonzernen wollen CDU und FDP erlauben, an 8 statt bislang an 4 Sonntagen zu öffnen. Was nichts anderes bedeutet, als dass sie den Verkäuferinnen, die mittlerweile schon samstags bis 22 Uhr arbeiten müssen, auch noch doppelt so viele Sonntage zerstören – den einzigen freien Tag, an dem auch die meisten ihrer Familie und Freunde frei haben.

Die neue NRW-Landesregierung will außerdem im Bundesrat ein Gesetz einbringen, das den gesetzlichen 8-Stunden-Tag abschaffen soll, ebenso dass man höchstens 10 Stunden am Tag arbeiten darf und zwischen zwei Arbeitstagen 11 Stunden frei haben muss.

Die Unternehmer sollen uns bis zu 60 Stunden die Woche ausbeuten dürfen. Und sie sollen dabei frei und flexibel entscheiden dürfen, uns auch mal drei oder fünf Tage hintereinander 12 Stunden schuften zu lassen. Oder auch, dass wir an einem Tag auf Spätschicht bis 22 Uhr arbeiten und am nächsten Morgen um 6 Uhr auf Frühschicht kommen müssen.

Kommen sie damit durch, wäre dies ein heftiger Schritt zurück für alle Arbeitenden!

Selbstverständlich haben CDU und FDP auch nicht vor, irgendeine der zahllosen Sparmaßnahmen zurückzunehmen, mit denen die SPD-Grünen-Regierung in den letzten Jahren den Öffentlichen Dienst immer weiter verschlechtert hat.

Nein, ob bei den Krankenhäusern, dem Nahverkehr, den Kitas, sie wollen weiter bei allem Nützlichen sparen, um den Banken jedes Jahr brav die Zinsen für die Schulden zu zahlen – für Schulden, die zum Teil vor Jahrzehnten gemacht wurden oder um 2008 die spekulierenden Banken zu retten, und an denen sich die Banken seitdem dumm und dämlich verdienen.

Man könnte meinen, zumindest bei den Schulen würden sie eine Ausnahme machen. Schließlich hat die neue Landesregierung versprochen, die Schulzeit an den Gymnasien wieder von 8 auf 9 Jahre zu erhöhen. Viele Eltern und Schüler wünschten sich 9 Jahre, in der Hoffnung, einen vielseitigeren Unterricht und vor allem mehr Zeit zum Lernen zu haben.

Doch genau das Gegenteil wird wohl passieren. Denn CDU und FDP haben nicht vor, die 2.000 Lehrerstellen, die bei der Verkürzung der Schulzeit auf 8 Jahre eingespart wurden, jetzt wieder zurückzugeben.

Der zusätzliche Unterricht soll ohne zusätzliche Lehrer stattfinden. Indem Ganztagsangebote wieder abgeschafft werden und der Lehrermangel auf alle Schulen verteilt wird. Also auch auf die Haupt-, Real- und Gesamtschulen, wo der Bedarf an Lehrern eigentlich noch höher ist: Um wenigstens ein kleines bisschen wieder gutzumachen, dass die Kinder der Arbeiterklasse in dieser Gesellschaft viel weniger Möglichkeiten und Förderung haben. Statt besser, wird es somit an allen Schulen noch schlechter.

In der Bundesregierung läuft es genau so. Auch hier predigt die CDU der ganzen Welt, dass die Bezahlung der Schulden Vorrang habe und warnt ununterbrochen davor, auch nur einen Cent „zu viel“ im Gesundheitswesen, bei der Rente oder sonst einer nützlichen Sache für die Bevölkerung auszugeben.

Aber: Die Ausgaben für Rüstung und Militär wollen sie in den nächsten Jahren... um 23 Milliarden Euro erhöhen.

Paul Ziemiak und Wolfgang Schäuble: Sie und viele andere CDU-Politiker wollen „als nächsten Schritt“ die Rente mit 70 einführen.

Ja, das ist die Politik, die die CDU für uns bereithält: Sie will die Banken und Rüstungskonzerne mit schier unvorstellbaren Milliardengeschenken überhäufen und Krieg und Elend in der Welt fördern. Während die Arbeitenden sich damit abfinden sollen, dass sie für die Behandlung ihrer Zähne Kredite aufnehmen müssen und dass ständig die Bahnen ausfallen.

SPD: Ein „neuer“ Kandidat – für die alte Politik

In den letzten 12 Jahren war die SPD 8 Jahre lang mit der CDU in einer Großen Koalition. Sie ist für die Politik der Bundesregierung mit verantwortlich. Doch im Wahlkampf tut sie jetzt so, als wollte sie die arbeitende Bevölkerung, die „Busfahrer, Krankenschwestern, Kellner und Polizisten“ vertreten. Ihr Spitzenkandidat Martin Schulz wird nicht müde zu betonen, er wäre ein einfacher Mann aus dem Volk, kein Berufspolitiker.

Seit 28 Jahren gehört Schulz dem Parteivorstand der SPD an. Er war bei allen Angriffen auf die Arbeiter dabei, von der Agenda 2010 bis zur Rente mit 67. Seit 23 Jahren hat er außerdem Karriere im Europaparlament gemacht und war dort am Ende fünf Jahre lang Vorsitzender.

Seine Politik ist ebenso wenig neu wie er.

Schulz redet davon, die „Fehlentwicklungen der Agenda 2010 bei Renten und Löhnen korrigieren“ zu wollen. Genau das hat die SPD schon vor vier Jahren versprochen. Und was ist das Ergebnis? Vier Jahre später verdienen so viele Arbeiter wie nie zuvor weniger als 10 Euro Brutto die Stunde. Es gibt über eine Million Leiharbeiter, ebenfalls so viele wie nie zuvor. Und die Zahl der Rentner, die in Armut leben müssen, ist in den letzten zehn Jahren um ganze 50% gestiegen – und steigt weiter.

Man kann die Agenda 2010, diesen einzigen großen Angriff auf die Arbeiter, nicht korrigieren. Das einzige, was man im Interesse der Busfahrer, Krankenschwestern, Kellner und aller Arbeitenden machen könnte, wäre sie wieder abzuschaffen.

Doch das kommt für die SPD natürlich nicht in Frage. Denn wie die CDU will auch die SPD den Unternehmern helfen, uns immer stärker auszubeuten.

Mit dem einzigen Unterschied, dass sie dabei ihren Maßnahmen Namen gibt, die so klingen, als wären es Gesetze für die Arbeitenden.

Sie hat ein Gesetz „zur Lohngleichheit von Frauen und Männern“ verabschiedet, das die Löhne der Frauen... nicht um einen Cent erhöht. Sie hat ein Gesetz gegen den „Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen“ gemacht, das die Bedingungen für die Arbeiter vielfach sogar noch weiter verschlechtert. Sie hat ein Gesetz für „mehr Qualität in den Krankenhäusern“ durchgesetzt, durch das noch mehr Krankenhäuser schließen müssen. Die Liste ist endlos!

Martin Schulz macht genauso weiter wie seine Vorgänger. Er redet von einer Politik des Respekts für diejenigen, die jahrzehntelang hart malocht haben. Doch wie soll diese Politik aussehen?

Für diejenigen, die über 35 Jahre lang gearbeitet haben und trotzdem weniger Rente bekommen als die 800 Euro Grundsicherung, will Schulz eine „Solidarrente“ einführen. Sie sollen zukünftig ganze… 80 Euro mehr im Monat bekommen! 80 Euro, das ist also für Schulz eine angemessene „Würdigung für ein Leben harter Arbeit“.

Denjenigen, die jahrzehntelang gearbeitet haben und dann ihren Job verlieren, verspricht Schulz ein paar Monate länger Arbeitslosengeld. Aber nur, wenn sie in der Zeit Umschulungen und Weiterqualifizierungen machen. Kann man ältere Arbeitslose mehr verhöhnen als sie quasi zu zwingen, mit 55 Jahren eine Umschulung zu machen? Als ob irgendwer sie einstellt, wenn sie mit 57 einen neuen Beruf gelernt haben!

Martin Schulz schiebt also „mangelnder Qualifikation“ und damit den Arbeitslosen selber – den Opfern der Entlassungen und des Stellenabbaus – die Schuld für die Arbeitslosigkeit in die Schuhe!

Weil auch er von den wahren Verantwortlichen ablenken will: Von Konzernen wie VW, Metro, Bayer oder ThyssenKrupp, die tausende Arbeitsplätze abbauen und die übrigen Arbeiter noch mehr schuften lassen, um die Profite zu erhöhen. Von einer Deutschen Bank, die dutzende Milliarden für Spekulationsgeschäfte aus dem Fenster wirft – und das Geld durch den Abbau tausender Arbeitsplätze von Bankangestellten wieder hereinholen will.

Die kapitalistische Klasse, die ihre Profite und Dividenden immer weiter erhöht, indem sie Werke schließt, Stellen abbaut und alle Übriggebliebenen immer mehr arbeiten lässt, ist verantwortlich für die Arbeitslosigkeit, die niedrigen Löhne, den Arbeitsstress, für alle grundlegenden Probleme der arbeitenden Klasse. Doch die Kapitalisten will die SPD auf keinem Fall antasten, im Gegenteil, die SPD will das Recht der Kapitalisten auf Profit um jeden Preis beschützen.

Falls irgendjemand Hoffnung in Martin Schulz hatte, so hat er sie in wenigen Wochen beseitigt. Seine Politik wird das „Leben der hart Arbeitenden“ nicht einmal ein bisschen besser machen. Er wird wie alle anderen Spitzenpolitiker der SPD die Politik machen, die das große Kapital verlangt – nur in etwas nettere Worte verpackt als die CDU.

AfD: Ebenfalls eine Politik im Dienst der Kapitalisten – aber eine noch schlimmere für uns Arbeiter

Die AfD gibt sich als „Alternative“ zu den herrschenden Parteien, die seit Jahren mit Arroganz und Gleichgültigkeit über die Bevölkerung regieren. Sie tut so, als wäre sie anders, als würde sie die Interessen des „kleinen Mannes“ vertreten. Doch in Wahrheit vertritt die AfD die Interessen der Reichen und Mächtigen, genau wie die anderen großen Parteien.

Wir können es uns bei Donald Trump anschauen, den die AfD als ihren „natürlichen Verbündeten“ bezeichnet, weil er in Vielem das gleiche Programm hat wie sie, und dessen Wahlsieg die AfD „mit großer Freude“ begrüßt hat.

Auch Trump hat behauptet, er vertrete die Interessen des kleinen Mannes gegenüber dem bisherigen politischen System. Doch kaum war er an der Macht, hat er als erstes lauter Milliardäre, treue Verfechter des Systems in seine Regierung geholt. Anschließend hat er entschieden, die Ausgaben für Waffen und Kriege um weitere 50 Milliarden Dollar pro Jahr zu erhöhen. Die großen Konzerne und Banken sollen zukünftig nur noch 15% statt 35% Steuern zahlen.

Die Großaktionäre jubeln natürlich. Doch Trump hat auch bereits angekündigt, wer für die neuen Steuergeschenke und die neuen Bomben auf syrischen Zivilisten bezahlen soll: Die vielen Milliarden dafür will er bei den Sozialprogrammen, den Programmen gegen die Armutsbekämpfung, der Entwicklungshilfe und ganz besonders beim Umweltschutz sparen. Ja, wenn Trump „Amerika zuerst“ sagt, meint er „zuerst“ die Interessen der US-amerikanischen Konzerne und Banken – und nicht die Interessen der Arbeiterklasse.

Die AfD und ihr „Deutschland zuerst“ sind nichts anderes. Klar, auch sie hat im Wahlkampf ein paar Worte für die Arbeiter. Doch sie will den Unternehmern ganz offen dabei helfen, noch mehr Gewinn

einzustreichen. So verspricht sie, die Beiträge der Unternehmer für unsere Rente und Krankenkasse noch weiter zu senken – was nichts anderes bedeutet, als dass noch weniger Geld für unsere Gesundheitsversorgung und unsere Renten da ist. Für die AfD ist das aber kein Problem. Sie meint, wir Arbeiter sollten stattdessen mehr privat vorsorgen, also noch zusätzliche private Versicherungen abschließen... von unserem Lohn als Leiharbeiter! Oder wir sollten als Rentner mit 68 oder 70 Jahren weiter malochen gehen.

Die AfD tritt außerdem dafür ein, die Erbschaftssteuer komplett abzuschaffen und spricht sich auch gegen jede Vermögenssteuer aus. Die Sprösslinge der Familien Albrecht (Aldi), der Familien Siemens, Porsche oder Oetker – die nichts getan haben außer geboren zu werden – sollen also jeden Cent des Vermögens einstecken, das ihre Vorfahren mit der Ausbeutung ihrer Arbeiter angehäuft haben. Die AfD will den Reichsten helfen, den Reichtum der Gesellschaft in immer noch weniger Händen zu konzentrieren.

Und genau wie bei Trump ist klar, wo die AfD das Geld einsparen würde, dass hierdurch in den öffentlichen Kassen fehlt: bei den Arbeitenden. Sie hat schon erste Vorschläge gemacht, wo sie sparen will: bei den alleinerziehenden Müttern und den Beschäftigten im Öffentlichen Dienst.

Um alle Zweifel zu beseitigen, hat die AfD auch die passenden Spitzenkandidaten für dieses arbeiterfeindliche Programm aufgestellt: Alexander Gauland, ein langjähriger hauptamtlicher CDU-Politiker. Und Alice Weidel, die ihre Karriere bei der berüchtigten amerikanischen Bank Goldman Sachs begonnen hat, dann im Vorstand von Allianz Global Investors war und heute als Unternehmensberaterin Firmen erklärt, wie sie noch mehr Arbeiter einsparen können.

Ja, die AfD wählen, heißt unsere Gegner, die Gegner der arbeitenden Klasse wählen!

Die AfD vertritt, wie die derzeit herrschenden Parteien, eine Politik im Interesse der kapitalistischen Klasse – nur noch schlimmer. Denn ihre Politik zielt darauf ab, die Arbeiter untereinander zu spalten und damit zu schwächen.

Nie hört man die AfD etwas gegen die großen Konzerne sagen: Man hat sie nicht gehört, als VW angekündigt hat, 30.000 Arbeitende zu entlassen. Man hört sie nicht, wenn MAN, Bombardier, Commerzbank oder E.ON Entlassungen verkünden. Man hört sie nicht, wenn Vonovia wieder die Mieten erhöht oder REWE die Preise.

Stattdessen hacken sie ununterbrochen auf einem Teil der Arbeiterklasse herum – den Migranten – und ganz besonders auf den schwächsten unter ihnen: den Flüchtlingen. Auch die CSU und Teile der CDU blasen in dasselbe Horn. Wenn man sie reden hört, dann wären die Flüchtlinge für alle unsere wichtigen Probleme verantwortlich. Und wir könnten sie nur lösen, wenn wir die Grenzen schließen und viele Migranten ausweisen würden.

Ach ja? Haben die Politiker etwa vor der Ankunft der Flüchtlinge das öffentliche Geld für unsere Renten ausgegeben oder dafür, mehr Personal in Krankenhäusern und Altenheimen einzustellen? Gab es etwa vor der Ankunft der Flüchtlinge keine Massenarbeitslosigkeit?

Von wegen! Vor der Ankunft der Flüchtlinge hat man uns erzählt, die Massenarbeitslosigkeit käme daher, dass die Arbeitslosen nicht arbeiten wollten, oder auch, dass die Arbeiter „zu teuer“ wären und die Unternehmer deshalb entlassen müssten. Und man hat uns erzählt, dass nicht genug Geld in den Rentenkassen wäre, weil wir Arbeiter zu lange leben würden und die Renten zu hoch wären. Ja, immer soll ein Teil der Arbeiterklasse angeblich schuld daran sein, dass es den anderen Arbeitern schlecht geht.

Zu behaupten, die Flüchtlinge wären schuld daran, dass kein Geld für Kitas ausgegeben wird oder dass oder „deutsche“ Arbeitslose

keine Arbeit finden würden, ist nur eine neue – ekelige – Variante dieser Propaganda. Mit dieser Propaganda wollen uns alle großen Parteien einreden, dass es nicht genug für alle gäbe. Sie wollen uns einreden, dass wir verzichten müssen, dass es dazu keine Alternative gäbe. Die gigantischen Profite der kapitalistischen Klasse und deren Interessen verschweigen sie dabei bewusst.

Die Arbeitenden sind eine Macht, wenn sie zusammenhalten

Eine Politik, die nur noch von Grenzen, härteren Gesetzen gegen Migranten oder Kampf gegen ausländischen Terror redet, löst keines unserer täglichen Probleme. Sie schützt uns nicht vor Armut, Arbeitslosigkeit – und auch nicht vor Terrorismus. Aber sie vergiftet unseren Alltag und droht uns zu schwächen, weil sie einen Keil zwischen uns Arbeiter treibt. Und währenddessen setzen die Herrschenden die Angriffe gegen alle Arbeiter fort.

Bei Volkswagen gibt es unter anderem Arbeiter deutscher, türkischer, polnischer, griechischer und bald syrischer Herkunft, die nebeneinander am Fließband arbeiten. Es gibt VW-Werke in China, in Brasilien, in Mexiko. Und überall stehen die Arbeiter den gleichen Gegnern gegenüber: den Familien Porsche und Piëch, den Großaktionären und den Managern von VW. Wenn die Arbeiter zusammenhalten, sind sie eine Macht gegenüber ihren Bossen. Und nur dann können sie sich gegen deren Angriffe verteidigen und ihre Interessen durchsetzen. Deshalb gibt es für die Arbeiterklasse nichts Wichtigeres als Zusammenhalt und Solidarität.

Jeder von uns verbringt den größten Teil seines Lebens auf der Arbeit, beziehungsweise hat ihn dort verbracht, bevor er in Rente ging oder arbeitslos wurde. Jeder von uns muss eine Arbeit finden, muss sich ausbeuten lassen, um leben zu können. Diese Umstände prägen unser Leben mehr als alles andere. Über alle Unterschiede von Beruf, Herkunft oder Religion hinweg, sind wir daher alle vor allem eins: Arbeiter.

Und wir alle stehen einer Klasse von Kapitalisten gegenüber, die ebenfalls in erster Linie Kapitalisten sind und nicht Deutsche, Amerikaner oder Chinesen. Ob die Bosse der Betriebe einen deutschen, amerikanischen oder saudi-arabischen Pass haben, sie alle

beuten uns Arbeiter aus. Wie viele Firmen wurden zigmal verkauft, haben mal deutschen, mal englischen, schwedischen, indischen Besitzern oder einem anonymen Banken-Fonds gehört. Doch die Ausbeutung ist dieselbe geblieben.

Genau das versuchen Parteien wie die AfD uns vergessen zu lassen. Mit ihrer Propaganda drohen sie nicht nur, den Alltag der Arbeiter in den Betrieben und Stadtteilen zu vergiften. Ihre Propaganda trägt außerdem dazu bei, jedes Bewusstsein dafür zu zerstören, dass wir eine Arbeiterklasse mit gemeinsamen, grundlegenden Interessen sind – und dass Zusammenhalt unsere Waffe ist. Stattdessen versuchen sie uns einzureden, dass unser „deutscher" Unternehmer, der uns morgen auf die Straße schmeißt, unser Freund sei. Wenn die AfD stärker würde, wäre dies für alle Arbeiter eine Gefahr!

Nicht CDU und SPD werden uns vor den Rechtsextremen schützen

Besonders seit Trump in den USA gewählt wurde, machen sich viele zu Recht Sorgen, dass rechtspopulistische Kräfte auch hier stärker werden könnten.

SPD und CDU versuchen, diese Sorge für ihren Wahlkampf auszunutzen. Sie präsentieren sich als „Partei der Vernunft", die man bei den Wahlen stärken müsse, um den „Populismus" zu besiegen. Es ist eine billige Masche, um Wählerstimmen zu werben. Sie tun so, als gäbe es gegenüber den Rechtspopulisten nur ein einziges gemeinsames Lager und als müssten alle, die gegen Trump, Le Pen oder eine AfD sind, sich hinter die CDU und SPD und ihre „Politik der Vernunft" stellen.
Nein! Nur weil es eine noch schlimmere Politik geben kann, ist die arbeiterfeindliche und arrogante Politik von CDU und SPD weder gut noch „vernünftig". Und vor allem ist eben diese Politik dafür verantwortlich, dass rechtsextreme Ideen und Kräfte stärker werden.

Die rechtspopulistischen Kräfte gewinnen vor allem deshalb an Zuspruch, weil die weltweite Krise immer heftigere Auswirkungen hat und immer mehr Menschen die Nase voll davon haben, seit Jahren immer von den gleichen Parteien abwechselnd regiert, belogen und in immer größere Lebensunsicherheit gedrückt zu werden. Immer mehr Menschen wollen ihre Wut ausdrücken und suchen nach einer Alternative bei den Wahlen. Jede weitere Regierung von CDU oder SPD, die ihre sogenannte „vernünftige“ Politik für die Kapitalisten fortsetzt, kann diese Entwicklung nur verstärken.

Darüber hinaus nehmen heute schon in ganz Europa die sogenannten „Parteien der Vernunft“ Teile der nationalistischen und ausländerfeindlichen Propaganda der Rechtsextremen auf, in der Hoffnung, so deren Wähler zu gewinnen.
Ständig verabschieden hier CDU und SPD wieder ein neues Gesetz, das die Bedingungen für Flüchtlinge und Migranten weiter verschlechtert. Eine konservative Regierung wie in den Niederlanden oder eine sozialdemokratische wie in Frankreich setzen heute Teile des Wahlprogramms der Rechtsextremen um – nachdem sie im Wahlkampf damit geworben hatten, dass man sie wählen solle, um die Rechtsextremen zu verhindern.

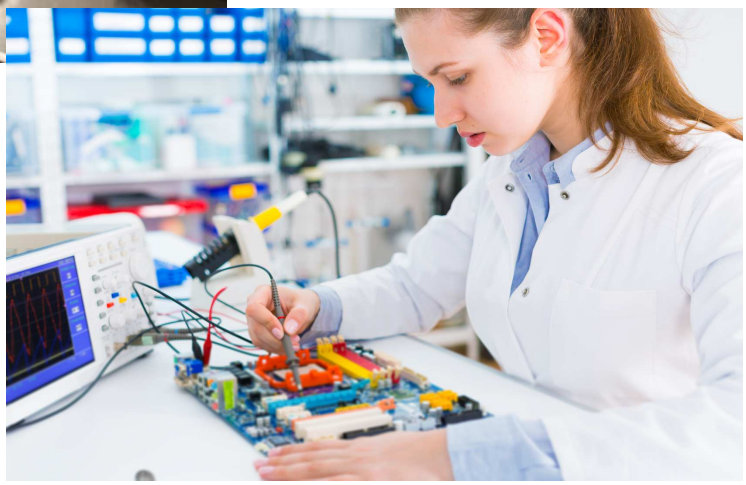
Die Rechtsentwicklung lässt sich nicht mit Hilfe des Stimmzettels aufhalten. In der Arbeiterklasse muss wieder eine echte politische Alternative entstehen. Eine politische Bewegung, die die täglichen, materiellen Interessen der Arbeitenden ebenso vertritt wie ihre politischen Interessen, das heißt die Perspektive, die Gesellschaft vom zerstörerischen Kapitalismus zu befreien. Jeder, der wirklich etwas gegen die bedrohliche Rechtsentwicklung tun will, kann dazu beitragen, dass eine solche politische Strömung wieder entsteht.

Die Arbeiterklasse muss ihre eigenen Interessen vertreten

Auch wenn uns die herrschende Klasse täglich das Gegenteil einzureden versucht: Wir Arbeitenden sind die wichtigste Klasse in dieser Gesellschaft. Ohne die Maschinenbediener und Techniker, ohne die Arbeitenden an der Kasse, am Schalter und in der Buchhaltung, ohne all die vielen Köpfe und Hände der arbeitenden Klasse läuft hier gar nichts.

Selbst ihre Luxus-Yachten gäbe es nicht ohne all die Arbeiter, die sie auf den Werften in Hamburg oder Papenburg bauen. Die Kapitalisten könnten nicht einmal ihre Milliarden in Steueroasen verschieben oder an der Börse spekulieren, ohne die Arbeiter, die in den Kraftwerken den Strom für die Computer erzeugen!

Wir Arbeitenden schaffen allen Reichtum dieser Gesellschaft. Das Mindeste ist, dass davon zuallererst unsere Existenzgrundlage gesichert wird.



Darüber hinaus sind wir die große Mehrheit der Bevölkerung. Ob wir an der Kasse, auf dem Bau, im Büro, an der Maschine, im Lager, im Krankenhaus oder in einem Kindergarten arbeiten. Ob wir Leiharbeiter sind, ob wir befristete oder unbefristete Verträge haben, Teilzeit arbeiten müssen, Minijobber oder kleine Selbstständige sind. Ob wir arbeiten, nach Jahren der Arbeit mit einer kleinen Rente klarkommen müssen, ob wir entlassen wurden und unser Leben mit HartzIV fristen müssen, ob die tägliche Ausbeutung uns arbeitsunfähig gemacht und zu Armut verdammt hat. Wir alle sind die arbeitende Klasse – die Klasse, die die gesamte produktive Arbeit in dieser Gesellschaft leistet, die alles am Laufen hält und die mit ihrer Arbeit obendrein die Milliardengewinne der kapitalistischen Klasse schafft.

Unsere Interessen müssen Priorität haben – nicht die von ein paar hundert Milliardären und Großaktionären. Und das erste, was jede Arbeiterin und jeder Arbeiter zum Leben braucht, ist ein Arbeitsplatz und ein Lohn, von dem sie und ihre Kinder vernünftig leben können.

Verbot von Entlassungen – Aufteilung der Arbeit unter allen!

Nichts lastet heute mehr auf allen Arbeitenden als die Arbeitslosigkeit. Sie lastet auf denen, die keine Arbeit finden können und die Willkür und Erniedrigungen auf den Ämtern über sich ergehen lassen müssen. Sie lastet auf denen, die immer wieder nur für wenige Stunden oder nur für ein paar Monate eine Arbeit finden und nie aus der Armut rauskommen. Die jeden Monat wieder überlegen müssen, wie sie die Stromnachzahlung stemmen oder ob sie ihrem Kind ein paar neue Schuhe kaufen können.

Doch sie lastet auch auf denen, die einen Arbeitsplatz haben. Denn die Angst davor, seine Arbeit zu verlieren, ist das Mittel, mit der uns die Bosse Tag für Tag erpressen. Mit der Drohung, uns zu entlassen, erpressen sie von uns immer mehr Arbeit und schlechtere Bedingungen. Mit der Erpressung „Entweder den Vertrag oder gar kei-

nen“ zwingen sie uns in Leiharbeit, Niedriglohn- und Teilzeitjobs. Die Drohung mit der Arbeitslosigkeit ist die wichtigste Waffe, mit der die Kapitalisten unser aller Arbeitsbedingungen nach und nach ins 19. Jahrhundert zurückdrängen.

Und nicht zuletzt lastet die Arbeitslosigkeit auf der ganzen Gesellschaft. Denn sie ist der Hauptgrund für die Gleichgültigkeit, den Individualismus, die Kriminalität und die wachsende Verrohung.

Die Arbeitslosigkeit ist das entscheidende Übel, das beseitigt werden muss, damit sich für uns etwas ändern kann. Und das ist möglich! Denn die Arbeitslosigkeit ist keine Naturkatastrophe, die man über sich ergehen lassen muss. Sie ist ein Ausdruck des Krieges der Kapitalisten gegen uns Arbeiter.

Es gibt nur einen Weg, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen: Wir Arbeiter müssen durchsetzen, dass Entlassungen und Stellenabbau verboten werden, angefangen bei allen Betrieben, die Profite machen oder gemacht haben.
Ein Konzern, der 5,3 Milliarden Euro Gewinn macht wie Siemens oder 400 Millionen Euro Dividende an seine Aktionäre verschenkt wie E.ON, darf nicht tausende Arbeiter auf die Straße setzen.

Entlassungen zu verbieten bedeutet auch, Leiharbeit und befristete Verträge zu verbieten. Denn ein befristeter Vertrag, der „endet“, ist nur ein anderes Wort für Entlassung. Die Konzerne müssen auch für den Erhalt der Arbeitsplätze in ihren Subfirmen sorgen: Schließlich haben die Konzerne die Arbeit vielfach nur ausgelagert, um Entlassungen und Lohnkürzungen auszulagern und auf dem Rücken dieser Arbeiter ihre Profite zu erhöhen.

Doch es reicht nicht, die bestehenden Arbeitsplätze zu erhalten. Wir brauchen mehrere Millionen zusätzlicher Arbeitsplätze. An Arbeit fehlt es hierfür nicht. In wie vielen Betrieben macht heute ein Kollege die Arbeit, die vor zwanzig Jahren noch von zwei oder drei Kollegen erledigt wurde. Wie viele müssen ständig länger machen. Wie viele haben schon mit 40 oder 45 Jahren den Rücken oder die Schultern kaputt oder werden krank vor Stress.

Ja, es ist mehr als genug Arbeit für alle da – unter einer Bedingung: Wir müssen die Unternehmer zwingen, einen Teil der von uns erarbeiteten Profite, die heute eine Handvoll Aktionäre bereichern, zur Schaffung von Arbeitsplätzen zu verwenden. Allein von den 46,5 Milliarden Euro Dividenden, die die 640 größten deutschen Konzerne 2016 ihren Aktionären geschenkt haben, könnte man 1,2 Millionen Arbeitsplätze zu Facharbeiterlöhnen schaffen!

Statt die einen wie Zitronen auszupressen, während die anderen arbeitslos sind oder mit Minijobs herumkrebsen, muss die Arbeit unter allen aufgeteilt werden, so dass jeder einen Job hat – und zwar zu einem Lohn, von dem man vernünftig leben kann.

Das ist die Lage in den privaten Betrieben. Im Öffentlichen Dienst sieht es nicht anders aus. In den Krankenhäusern fehlen 160.000 Stellen, nur um den Zustand wiederherzustellen, wie er vor zwanzig Jahren war. Es fehlen weitere hunderttausende Stellen bei Bus und Bahn, in den Ämtern, Altenheimen, Kitas und Schulen. Es fehlen Bauarbeiter und Architekten im Öffentlichen Dienst, die vernünftige

und bezahlbare Mietwohnungen bauen. Allein von den Milliarden, die der Staat heute den Banken und den Konzernen unter zig Vorwänden in den Rachen wirft – und die diese in die Spekulation stecken oder an ihre Aktionäre verschenken – könnten im Öffentlichen Dienst weit über eine Million Arbeitsplätze geschaffen werden.

Ein Monats-Mindestlohn und eine Mindestrente, die zum Leben reichen – und automatisch mit den Preisen mitsteigen

Die letzte Regierung hat einen Mindestlohn eingeführt unter dem Motto „Damit der Lohn zum Leben reicht“. Doch der Mindestlohn, den sie da eingeführt haben, bekämpft die Niedriglöhne nicht, er verfestigt sie. Jeder Arbeiter weiß: 8,84 Euro die Stunde bedeuten, dass nach Abzug von Miete, Versicherung, Heizung, Strom und Auto kaum genug Geld für Lebensmittel und Kleidung da ist.

Doch das ist noch nicht alles: Denn was nutzt ein Mindestlohn in der Stunde, wenn es keine Mindestzahl an Stunden gibt? Die Mehrheit der Arbeiter, die zum Mindestlohn bezahlt werden, wird von den Bossen obendrein in Teilzeit oder Minijobs (mit unbezahlten Überstunden) gezwungen. Man bekommt bei einer Halbtagsstelle aber nur den halben Lohn. Doch seine Miete kann man nicht nur zur Hälfte zahlen, oder nur halb so viel essen.

Was wir Arbeitenden brauchen, ist ein Mindestlohn für den ganzen Monat. Einen Monatslohn, den der Unternehmer jedem Arbeiter mindestens zahlen muss und von dem man Miete, Lebensunterhalt und die Bedürfnisse der Kinder bezahlen kann!

Das gilt nicht nur für die Löhne. Auch Rentner müssen genauso viel Miete bezahlen wie Arbeiter, müssen essen und sich kleiden, müssen Medikamente bezahlen. Und wer durch die Ausbeutung arbeitsunfähig geworden ist, muss ebenfalls würdig leben können.

Ein Teil der Gewerkschafter fordert heute einen Mindestlohn, der bei einer Vollzeitstelle nach Abzug der Sozialabgaben rund 1.800 Euro im Monat betragen würde. 1.800 Euro Netto – kein Lohn, keine Rente, kein Einkommen darf darunter liegen!

Außerdem brauchen wir eine Erhöhung aller Löhne und Renten. Allein um das wieder aufzuholen, was wir in den letzten Jahren verloren haben, müssen alle Löhne, Gehälter, Renten und Erwerbsminderungsrenten um mindestens 300 Euro im Monat angehoben werden.

Fast die Hälfte der Arbeitenden ist nicht mehr an einen Tarifvertrag gebunden und hat zum Teil seit Jahren keinen Cent Lohnerhöhung bekommen. Weil alles teurer wird, werden sie real von Jahr zu Jahr ärmer. Deshalb: Wenn die Mieten, Lebensmittel, Heiz- und Stromkosten steigen, müssen die Renten, Löhne und sozialen Beihilfen automatisch mitsteigen!

Offenlegung der Geschäftsbücher und Konten der Firmen und ihrer Besitzer

Die Bosse versuchen uns einzureden, ihr ständiger Stellenabbau, die permanent wachsende Ausbeutung, all ihre Sparpläne wären „alternativlos“, sonst würden sie Pleite gehen. Sie behaupten, für Festeinstellungen und höhere Löhne sei kein Geld da. Sie lügen!

Heute sitzt die Familie Schlecker auf der Anklagebank, weil sie über mehrere Jahre hinweg systematisch zig Millionen Euro verschwinden ließ, bevor sie Insolvenz angemeldet hat. Doch die 25.000 Arbeiterinnen haben von diesem Prozess nichts mehr. Sie sind vor fünf Jahren arbeitslos geworden, und viele haben nichts anderes zum Leben als Minijobs und HartzIV.

Hätten die Arbeiterinnen die Pläne und Betrugsmanöver der Schlecker-Bosse von Anfang an mitbekommen, dann hätten sie Zeit

und Munition gehabt, um Widerstand zu organisieren und dafür zu kämpfen, dass zuallererst ihre Existenz bis zur Rente gesichert wird. So aber waren sie die letzten, die von der Insolvenz erfahren haben und standen mit dem Rücken zur Wand.

Deshalb gehört das Geschäfts- und Bankgeheimnis abgeschafft. Es ist eine Waffe der Unternehmer, um uns zu belügen, zu überrumpeln und uns noch größere Ausbeutung aufzuzwingen.

Wir Arbeiter müssen uns das Recht nehmen, die Geschäftsbücher und Konten der Firmen, Aktionäre, ihrer Geschäftspartner und Familienangehörigen zu kontrollieren, um zu überprüfen, wie viel Geld wirklich da ist und wo es hinfließt.

	Name	**(Mit-)Eigentümer von:**	**Vermögen 2004** ***in Milliarden €***	**Vermögen 2016** ***in Milliarden €***
1	Familie Reimann	*Chemieindustrie, darunter:* Calgon, Kukident, Clerasil,..	4,1	30,0
2	Dieter Schwarz	Lidl, Kaufland	0,8	25,0
2	Georg Schaeffler	Schaeffler, Continental	2,7	25,0
4	Karl Albrecht jr	Aldi Süd	15,6	21,0
5	Stefan Quandt	BMW	4,6	18,0
6	Susanne Klatten	BMW	6,5	17,5
7	Theo Albrecht jr.	Aldi Nord	15,1	16,5
8	Familie Würth	Würth-Gruppe (Schrauben)	5,1	12,2
9	Hasso Plattner	SAP (Software)	3,7	9,0
10	Klaus Kühne	Kühne + Nagel (Transport)	1,4	8,0

Quelle: Manager Magazin, geschätzte Vermögen der reichsten Deutschen

Die materiellen Mittel dazu haben die Arbeitenden bereits. Denn auch, um ihre Profite von einem Konto auf ein anderes zu verschieben, brauchen sie die Beschäftigten bei der Bank und in der Buchhaltung. Und auch bei ihren geheimsten Geschäftstreffen gibt es Sekretärinnen, die Kaffee servieren oder die Protokolle abtippen.

Wir müssen durchsetzen, dass jeder Arbeitende das Recht hat, offen zu sagen, was er über die Machenschaften der Unternehmen erfährt – ohne dass er dafür entlassen oder bestraft werden darf. Dann werden wir feststellen, dass genug Geld da ist und können sie zwingen, dieses Geld im Interesse der Arbeitenden und damit der Allgemeinheit einzusetzen.

Ein Programm für die kommenden Kämpfe der Arbeitenden

Diese Maßnahmen sind Notwehr: Sie sind für uns Arbeiter der einzige Weg, um die Abwärtsspirale unserer Lebens- und Arbeitsbedingungen aufzuhalten, um unsere Existenz zu verteidigen. Um sie durchzusetzen, muss man an die Profite der Konzerne und Banken gehen und den Bossen das Recht nehmen, ganz alleine wie Diktatoren über die Arbeitsplätze, die Löhne und überhaupt die ganze Wirtschaft zu entscheiden.

Wir müssen uns daher darüber bewusst sein, dass es nicht einfach wird, diese Maßnahmen durchzusetzen. Die Bosse werden sich mit allen Machtmitteln gegen solche Maßnahmen wehren. Sie werden damit drohen, die Unternehmen zu schließen und ihre Gelder wegzuschaffen.

Deshalb können nur große Auseinandersetzungen, nur massive, entschlossene und bewusste Kämpfe der Arbeitenden sie durchsetzen. Kämpfe, in denen die Arbeitenden ihr Machtmittel einsetzen – die Tatsache, dass ohne ihre Arbeit alle Betriebe, alle Transportmittel, alle Profitmaschinen stillstehen. Kämpfe, bei denen die Arbeitenden nicht davor zurückschrecken, den Aktionären die Unternehmen wegzunehmen und ihre Vermögen – ihre Bankkonten, ihre Luxusyachten, ihre Villen – zu beschlagnahmen, wenn sie sich weigern, die für die grundlegendsten Bedürfnisse der arbeitenden Bevölkerung notwendigen Maßnahmen umzusetzen.

Der Kapitalismus hat keine Zukunft zu bieten. Wir müssen ihm ein Ende setzen.

Die heutige Wirtschaftsordnung beweist, dass sie unfähig ist, auch nur die grundlegenden Bedürfnisse der arbeitenden Klasse und überhaupt der großen Mehrheit der Bevölkerung zu sichern. Sie führt in eine Sackgasse – weltweit.

Nie war der Gegensatz zwischen den materiellen Möglichkeiten der Menschheit und ihren realen Lebensbedingungen so groß. Die Menschheit verfügt über gigantische technische und wissenschaftliche Mittel, die längst allen Menschen ausreichend Nahrung, Wasser, Medikamente und Zugang zu Schulbildung und gesellschaftlichem Leben ermöglichen können.

Doch in den Händen privater Konzerne und in ihrem auf Profit und kriegerischer Konkurrenz basierendem Wirtschaftssystem bringen sie immer neue High-Tech-Waffen hervor, während hunderte Millionen Menschen nicht genug zu essen und zu trinken haben, für weitere hunderte Millionen der Krieg Alltag geworden ist und so viele Menschen auf der Flucht sind wie seit dem 2. Weltkrieg nicht mehr.

Bomben-Anschlag der US-Armee im Jemen 2016: ein Beispiel für den Terrorismus der großen imperialistischen Staaten

Auch der Terrorismus ist das barbarische Produkt dieser grausamen Weltordnung. Einer Weltordnung, in der die acht reichsten Kapitalisten so viel besitzen wie 3,5 Milliarden Menschen, also die Hälfte der Weltbevölkerung. Einer Weltordnung, in der im Jahr 2017 an die 20 Millionen Menschen in Afrika zu verhungern und zu verdursten drohen, weil der an Öl, Rohstoffen und fruchtbarem Boden so reiche Kontinent seit bald hundertfünfzig Jahren von den westlichen Konzernen und Staaten ausgeplündert wird.
Einer Weltordnung, in der sich die USA und die westeuropäischen Staaten auf menschenverachtende, finstere Regime wie in Saudi-Arabien, Israel oder Ägypten stützen, um ihre politischen und wirtschaftlichen Interessen durchzusetzen. Einer Weltordnung, in der sich die imperialistischen Staaten, allen voran die USA und Westeuropa, immer wieder das Recht nehmen, auf die Bevölkerung anderer Länder Bomben zu schmeißen, dort einzumarschieren und die Zivilbevölkerung zu terrorisieren.

Eine solche barbarische Weltordnung bringt zwangsläufig Abscheulichkeiten wie den Terrorismus hervor. Und ihr sogenannter „Krieg gegen den Terror“ macht ihn nur schlimmer. Jede Bombe, die die imperialistischen Mächte in Syrien, Jemen oder dem Irak abwerfen und mit der sie weitere unschuldige Zivilisten in Schulen, Krankenhäusern und Dörfern ermorden, wird neue Terroristen hervorbringen.

Die einzige Möglichkeit, den Terrorismus zu bekämpfen, ist das Übel an der Wurzel zu packen und die imperialistischen Kriege und überhaupt ihr ganzes ausbeuterisches und irrsinniges Weltwirtschaftssystem zu bekämpfen.

Die immer neuen Grenzen aus Mauern und Stacheldraht hingegen, die heute entstehen, schützen uns weder vor Terrorismus, noch vor Armut, Elend und all den Grausamkeiten dieser Weltordnung. Sie machen die Gesellschaft nur noch ein Stück barbarischer.

Die Menschen, die vor Krieg, Hunger, Verzweiflung flüchten, werden dies weiterhin tun, auch wenn ihre Chancen noch so gering sind. Denn die Flucht ist ihre einzige Hoffnung. Doch sie werden noch häufiger auf dem Weg sterben, werden ein Jahr lang in provisorischen Lagern an Grenzen ausharren, werden ihre Kinder erfrieren sehen – in der verzweifelten Hoffnung, doch noch einen Schlepper zu finden, der sie durch die immer höheren Mauern in die EU oder die USA schleust.

Das Kapital, die Unternehmer und überhaupt die Reichen egal welcher Religion oder Herkunft haben das Recht, jede Grenze zu überschreiten und sich niederzulassen, wo sie wollen. Konzerne aus den USA oder der EU haben das Recht, in jeden Winkel von Nigeria oder dem Sudan zu gehen, um dort das Öl herauszuholen. Doch die Arbeitenden sollen hinter Stacheldraht festgehalten werden?

Nein! Jeder Arbeitende muss das Recht haben, sich an jedem Ort auf der Welt frei zu bewegen und sich dort niederzulassen.

Die Auswirkungen von 50 Jahren Ölförderung durch den Shell-Konzern in Nigeria

Die Arbeitenden sind überall auf der Welt das Opfer derselben Gesellschaftsordnung. Und es gibt nur einen Ausweg: Wenn die arbeitende Bevölkerung diesem kapitalistischen System ein Ende setzt und eine neue Gesellschaftsordnung errichtet. Eine Gesellschaftsordnung, in der die großen Unternehmen und Banken in den Händen und unter der Kontrolle der Bevölkerung sind. Und in der sie nicht darauf ausgerichtet sind, den größtmöglichen Profit für einige wenige zu bringen, sondern im Interesse Aller zu produzieren, mit Rücksicht auf die Umwelt und die Zukunft der gesamten Menschheit.

Eine solche Gesellschaftsordnung, in der die Wirtschaft auf die Bedürfnisse der Menschheit ausgerichtet ist und sie demokratisch von den Arbeitenden organisiert wird, nennt man Kommunismus. Lange Zeit hat dieses Ideal den täglichen Verteidigungskämpfen der Arbeitenden eine Perspektive, ein Ziel geboten.

Doch die kommunistischen Ideen sind ab Mitte der 1920er Jahre verstümmelt, verfälscht und von diktatorischen, arbeiterfeindlichen Regimen missbraucht worden, allen voran von der stalinistischen Diktatur in der Sowjetunion. Dies hat dazu beigetragen, dass das Wort Kommunismus vom Stalinismus in sein absolutes Gegenteil verkehrt wurde und bei vielen keine Hoffnung mehr hervorruft.

Doch trotz dieser Erfahrungen kann und darf die arbeitende Klasse nicht aufgeben. Sie muss sich im Alltag gegen die Verschlechterungen der herrschenden Klasse verteidigen und sich darauf vorbereiten, ihr die Macht irgendwann wegzunehmen.

Dieses Programm ist weiterhin das einzige, das die Arbeiterklasse aus ihrer heutigen Sackgasse führen kann.

Die kommenden Auseinandersetzungen vorbereiten

Ein gutes Programm zu haben reicht nicht aus, um die Kämpfe auszulösen, mit denen man es durchsetzen kann. Doch der Tag wird kommen, an dem die Arbeitenden die Nase voll haben, an dem sie die Wut packt. An dem sie nicht mehr bereit sind, ihre tägliche Ausbeutung und Erniedrigung länger zu ertragen und an dem sie anfangen zu kämpfen.

Die notwendigen Auseinandersetzungen werden kommen. Und an dem Tag ist es nötig, dass diejenigen, die kämpfen wollen, auch ein Programm haben. Sie müssen sich bewusst darüber sein, was sie ändern müssen, um ihre lebenswichtigen Interessen durchzusetzen und wie sie dies erreichen können.

Deshalb müssen wir heute damit anfangen, über ein solches Programm zu diskutieren und es zu verbreiten. Dies ist das Wichtigste, was wir heute tun können, um die notwendigen, kommenden Kämpfe vorzubereiten und dazu beizutragen, dass sie erfolgreich sein können.

Wenn Sie uns Ihre Meinung zu der Broschüre sagen wollen oder wenn Sie Interesse haben, weiter mit uns zu diskutieren, dann melden Sie sich bei uns!

Sie erreichen uns unter:

Email: bund-revolutionaerer-arbeiter@gmx.de

Telefon: 0157 – 76493485

Post: Das rote Tuch, Postfach 10 08 02, 45008 Essen

Weitere Informationen über den Bund Revolutionärer Arbeiter finden Sie unter: www.bund-revolutionaerer-arbeiter.org